

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
**19. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Generationen der
Stadt Haan**
am Dienstag, dem 13.05.2025 um 17:02 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:02

Ende:
19:30

Vorsitz

Stv. Bernd Stracke

CDU-Fraktion

Stv. Tobias Kaimer

Stv. Annette Leonhardt

Stv. Klaus Mentrop

Stv. Henrik Radtke

Vertretung für AM Woike

SPD-Fraktion

AM Dr. Friederike Dickmans

Stv. Martin Haesen

AM Gerd-Peter Heinrichs

Stv. Simone Kunkel-Grätz

ab 18:37 Uhr

Vertretung für Stv. Haesen von 17:38 bis
18:37

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat

Stv. Nadine Lütz

AM Dieter Terjung

GAL-Fraktion

Stv. Lucio Dröttboom

Stv. Tabea Haberpursch

Fraktionslose Ratsmitglieder

Stv. Monika Morwind

Schriftführung

VA Julian Kniess

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

Behindertenbeauftragte/r

Frau Gabi Bongard
AM Dieter Smolka

1. Beigeordnete

1. Beigeordnete Annette Herz

Verwaltung

VA Michael Schneider
StAR'in Christine Kadach
VA Kornelia Frotz

Gäste

Frau Lilian Fischer
Herr Gärtner
Frau Dr. med. Elina Sakellaridou
Frau Dr. Ruzica Susenburger
Herr Dr. Sus

Der Vorsitzende Bernd Stracke eröffnet um 17:02 Uhr die 19. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Generationen der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Vertreter des Kreisgesundheitsamtes sowie der Caritas - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentliche Sitzung

1./ Befangenheitsmitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.

2./ Information des Kreisgesundheitsamtes zum Sozialpsychiatrischen Dienst (SPDi) und zum Konzept des Kreises Mettmann für auffällige Wohnungslose

Protokoll:

Fr. Dr. Susenburger stellt sich und ihr Team des Kreisgesundheitsamtes vor.

Im Anschluss führt **Fr. Dr. Sakellaridou** durch eine Präsentation zum Sozialpsychiatrischen Dienst (Anlage 1).

Fr. Dr. Susenburger ergänzt, dass der Handlungsspielraum für den Umgang mit Menschen in prekären Lebenslagen durch die gesetzlichen Vorgaben begrenzt seien und somit vor allem präventive sowie beratende Aufgaben für den Kreis vorgesehen seien.

Um eine nahtlose Versorgung sicherzustellen, sollen zum Beispiel Personen, welche nach dem PsychKG eingewiesen worden sind, bei Entlassung dem Sozialpsychiatrischen Dienst gemeldet werden. Da dies häufig durch die Klinik nicht unmittelbar nach der Entlassung geschehe, könne es zu einer Unterversorgung führen.

Diese fehlende Versorgung könne dann zum Beispiel zu Problemen in Unterkünften führen.

Der Sozialpsychiatrische Dienst gehe aktiv auf die betroffenen Personen zu und versuche zu beraten, zu begleiten oder eine Anbindung zu Fachärzten herzustellen, soweit die Betroffenen freiwillig mitwirken. Der SPDi führe auch Hausbesuche durch,

um Lücken der ambulanten und stationären Versorgung zu füllen. Es gebe wenig gesetzliche Möglichkeiten bei Menschen mit multiplen Problemlagen. Das Kreisgesundheitsamt nehme jedoch Wohnungslose und Randgruppen in den Blick und werde das Thema in Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Städten aufbereiten.

Stv. Lukat würde gerne wissen, ob für die Stadt Haan eine Statistik zu Einweisungen nach dem PsychKG vorliege.

Durch das Ordnungsamt wurden inzwischen die Fallzahlen für 2024 mitgeteilt. Es habe 2024 insgesamt 25 Einsätze nach dem PsychKG gegeben. Davon ergaben sich 23 Einweisungen, eine Person sei freiwillig mit in Behandlung gegangen und bei der letzten Person sei eine Einweisung abgelehnt worden.

Für 2025 habe es bisher 9 Einsätze gegeben, wobei 7 Personen eingewiesen worden seien, eine Einweisung wurde abgelehnt und eine Person sei zur Behandlung von Verletzungen ins Krankenhaus eingewiesen worden.

Stv. Kaimer würde gerne wissen, ob bekannt sei, wie viele Beratungsgespräche mit Hanner Bürger_innen im Jahr 2024 durch den SPDi geführt worden seien.

Bgo. Herz fragt, wie das Verhältnis von angenommener zu abgelehnter Unterstützung auf freiwilliger Basis sei.

Für beides konnten vorerst keine Daten genannt werden.

Nachträglich wurde durch das Kreisgesundheitsamt angegeben, dass eine derartige Auswertung nicht vorliege.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

3./ Bericht Schuldnerberatung/Wohnungslosenberatung

Protokoll:

Hr. Gärtner von der Caritas erläutert den Bericht zur Schuldnerberatung.

Fr. Fischer, ebenfalls von der Caritas, trägt den Bericht der Wohnungsnotfallhilfe vor. Ihr war wichtig zu erwähnen, dass es nun Wohnungsnotfallhilfe heiße und nicht mehr Wohnungslosenhilfe, da nicht erst Unterstützung erfolge, sobald die Hilfebedürftigen

wohnungslos seien. Es finde eine Vernetzung mit dem Jobcenter, dem LVR, dem Sozialpsychiatrischen Dienst u.a. statt, um Menschen mit multiplen Problemlagen zu unterstützen. Nur im Einzelfall finde eine aufsuchende Beratung statt.

Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

4./ Bericht des Seniorenbeirates

Protokoll:

Hr. Sattler berichtet über die zurückliegenden Sprechstunden, welche gut angenommen werden, wenn diese im Freien stattfinden.

Weiter berichtet er über die fehlenden Kurzzeitpflegeplätze in Haan. In den anderen Kreisstädten habe man aktuell nicht solche Kapazitätsprobleme wie in Haan. Deshalb suche man nach Wegen, eventuell Transparenz herzustellen.

Außerdem informiert **Hr. Sattler** über die angelaufenen Vorbereitungen für die Seniorenbeiratswahl. Diese gestalten sich als schwierig, da die Plattform, welche zur Einreichung der Wahlvorschläge genutzt werden solle, nicht für die Seniorenbeiratswahl zur Verfügung stehe. Auch die Unterstützungsunterschriften müssen neu gesammelt werden.

Die diesjährige Kirmesbegehung werde nicht wie im Vorjahr donnerstags Vormittag, am Tag vor Kirmesbeginn stattfinden, sondern erst am Nachmittag. Grund dafür sei, dass die meisten Schausteller erst nachmittags ihre Stände aufgebaut haben, so **Hr. Sattler**. Eine frühere Begehung habe daher so gut wie keinen Effekt, da sich vieles beim Aufbau noch ändere.

Hr. Sattler kündigt an, dass der Seniorenbeirat gemeinsam mit den beiden Runden Tischen für seniorengerechte Quartiersentwicklung beabsichtige, einen Stand auf dem diesjährigen Bürgerfest durchzuführen.

Beschluss:

Der Sachbericht des Seniorenbeirates wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

5./ Seniorengerechte Quartiersentwicklung
Vorlage: 50/061/2025

Protokoll:

Hr. Sattler erläutert die neue Situation der Runden Tische und verweist auf die Vorlage.

Der Runde Tisch Gruiton habe einen neuen Flyer für die Mitfahrbank in Gruiton drucken lassen, um die Mitfahrbank wieder neu zu bewerben.

Der Runde Tisch Haan sei weiterhin mit verschiedenen Wohnformen beschäftigt. Der Auftaktveranstaltung dazu haben über 100 Personen beigewohnt und davon haben sich circa 60 Personen für weitere Projekte und Informationen angemeldet. Auf die Informationsveranstaltung werden nun drei weitere Projekte folgen. Zum einen werden Workshops zur Motivation und Entscheidung für Wohnprojekte geführt, zum anderen gebe es einen Vortrag zu rechtlichen Aspekten verschiedener Wohnformen und letztlich seien Exkursionen zu anderen Wohnprojekten geplant, berichtet **Hr. Sattler**.

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

6./ Bericht der Behindertenbeauftragten

Protokoll:

Fr. Bongard berichtet über die aktuellen Sprechstunden und dass die Veröffentlichung über die Presse sowie die städtische Homepage aktuell gut funktioniere.

Außerdem teilt **Fr. Bongard** mit, dass am 07.11.2025 erneut die Hilfsmittelausstellung stattfinden werde und einige der Aussteller bereits zugesagt haben.

Weiter kritisiert sie die Stellungnahme der Stadt Haan zur akustischen Ampelanlage und warum diese nicht genutzt werden könne. In der Stellungnahme heiÙe es, dass das akustische Signal zu starken Lärm erzeuge.

Hr. Smolka verweist auf den Ratgeber für schwerbehinderte Menschen des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, welcher der Einladung beigefügt sei. Der Ratgeber sei die Grundlage für die individuelle Förderung von schwerbehinderten Menschen.

Beschluss:

Der Sachbericht der Behindertenbeauftragten wird zur Kenntnis genommen

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

7./ Gebrauch der "Opt-Out-Regelung" in bezug auf die Einführung der Bezahlkarte - Antrag der SPD-Fraktion - erstmalige Beratung

Protokoll:

Stv. Kunkel-Grätz begründet den erbrachten Antrag zur Nutzung der „Opt-Out-Regelung“ mit der Stigmatisierung der Nutzer sowie einer möglichen Überbelastung durch Doppelarbeit der Verwaltungsmitarbeiter. Außerdem müsse die Kommune aktuell die Kosten übernehmen.

Stv. Leonhardt bittet um Rückstellung des Antrages, da die Problematik bei der Einführung der Bezahlkarte scheinbar ein NRW-Problem sei und der Bund mit Bezug auf den neuen Koalitionsvertrag der CDU/SPD auf ein einheitliches System umsteigen wolle. Von der „Opt-Out-Regelung“ könne bis zum Jahresende Gebrauch gemacht werden, weshalb nicht voreilig gehandelt werden solle.

Stv. Lukat gibt an, dass die Kosten nicht durch die Kommune getragen werden müssen. Weiter verweist sie auf Informationen aus der Stadt Velbert bezüglich der dort eingeführten Bezahlkarte.

VA Schneider ergänzt, dass die Stadt bezüglich der Kosten in Vorleistung gehen müsse und diese im Anschluss vom Land erstattet bekomme. Weiter bezieht er sich auf die zum letzten SIGA beigefügte Präsentation des Kartenanbieters, welcher zu entnehmen sei, dass die Bezahlkarten wie andere Bankkarten aussehe und ebenfalls per App nutzbar sei, weshalb eine Stigmatisierung ausgeschlossen sei. Außerdem werde der Verwaltung eine Mehrbelastung unterstellt, ohne, dass die Bezahlkarte bereits eingeführt worden sei.

Weiter gibt **VA Schneider** an, dass der Ausschuss informiert werde, wenn eine zu

hohe Belastung durch die Einführung der Bezahlkarte entstehen sollte.

Die Sitzung wurde zu Beratungszwecken von 18:56 Uhr bis 19:02 Uhr unterbrochen.

Stv. Kunkel-Grätz stimmt für die SPD-Fraktion der Rückstellung des Antrages zu und bittet für den nächsten SIGA um eine entsprechende Vorlage, die sich auch mit den Erfahrungen aus der Stadt Velbert auseinandersetzen soll.

8./ Aktualisierung des Konzeptes des Sozial- und Integrationsmanagement (SIM) zur Betreuung von Geflüchteten und Obdachlosen im Stadtgebiet Haan
Vorlage: 50/063/2025

Protokoll:

Bgo. Herz weist auf das aktualisierte Konzept des SIM hin und gibt an, dass die wichtigste Änderung nicht qualitativer, sondern quantitativer Natur sei. Die Anzahl der durch das SIM zu betreuenden Personen in den Unterfünften sei seit der Übernahme in die städtische Trägerschaft deutlich angestiegen. Das Patenschaftsmodell sowie die Arbeitsgelegenheiten sollen die Integration in die Gesellschaft sowie die Sprachkenntnisse fördern und einen Einstieg in den Arbeitsmarkt ermöglichen.

StAR'in Kadach ist erfreut, dass das Patenschaftsmodell sehr erfolgreich sei und unter anderem bei der Ausbildungsplatzsuche geholfen werde.

Stv. Lukat teilt mit, dass sie den Ratsbeschluss als nicht umgesetzt sehe und einige Punkte der Vorlage problematisch seien. Allem voran die Tatsache, dass die Mitarbeitenden des Sicherheitsdienstes Aufgaben des SIM übernehmen, wenn diese sich nicht mehr im Dienst befinden, sei kritisch zu betrachten. Daher werde sie die Vorlage nicht zur Kenntnis nehmen.

Bgo. Herz gibt dazu an, dass laut Konzept v.a. die Kooperationen in den Blick genommen werden, um Schnittstellen nachzuschärfen und Transparenz zu Zuständigkeiten herzustellen. Wie durch den Sozialpsychiatrischen Dienst ausgeführt, seien die Betreuungsangebote freiwillig und es werde für den Kreis Mettmann ein Konzept für problematische Wohnungslose erstellt. Dies alles sei für die Stadt Haan entscheidend. Die Sozialdezernentenkonferenz habe sich ebenfalls bereits oft mit dem Thema beschäftigt. Mit dem Sicherheitsdienst in der Unterkunft Ellscheid solle Ruhe ins System gebracht werden, damit die Menschen auf dieser Basis wieder in die engmaschigere Betreuung durch das SIM und die Kooperationspartner einmünden können.

Beschluss:

Die Fortschreibung des Konzeptes des Sozial- und Integrationsmanagements (SIM) zur Betreuung von Geflüchteten und Obdachlosen im Stadtgebiet Haan wird zur Kenntnis genommen

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zur Kenntnis genommen

**9./ Satzung zu städtischen Gemeinschaftseinrichtungen
Vorlage: 50/062/2025**

Protokoll:

VA Schneider erläutert die Vorlage.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan beschließt die als Anlage beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Haan über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung der Unterkünfte für ausländische Flüchtlinge, Obdachlose und Spätaussiedler vom 18.05.2024.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**10./ Ausschreibungsverfahren zur Beauftragung eines Sicherheitsdienstes für
die städtischen Unterkünfte der Stadt Haan
hier: Wohnunterkunft Ellscheid 9
Vorlage: 50/060/2025**

Protokoll:

VA Schneider erläutert die Vorlagen Ö 10 – Ö 10.2. Er teilt mit, dass die Leistungsbeschreibung angepasst worden sei, damit nicht nur der günstigste Anbieter genommen werde, sondern auch einer, welcher entsprechende Referenzen vorweisen könne.

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

- 10. Ausschreibungsverfahren zur Beauftragung eines Sicherheitsdienstes für
1./ die städtischen Unterkünfte der Stadt Haan
hier: Wohnunterkunft Ellscheid 9 - Ergänzungsvorlage
Vorlage: 50/060/2025/1**
-

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

- 10. Ausschreibungsverfahren zur Beauftragung eines Sicherheitsdienstes für
2./ die städtischen Unterkünfte der Stadt Haan
hier: Wohnunterkunft Ellscheid 9 - 2. Ergänzungsvorlage
Vorlage: 50/060/2025/2**
-

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

11./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Die Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion vom 18.02.2025 zur Sicherstellung

der Versorgung von Senior_innen wurde im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Die Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.05.2025 zur Kinderärztlichen Versorgung wurde ebenfalls hinterlegt.

Stv. Leonhardt gibt an, dass die Anfrage der CDU-Fraktion sich nicht nur auf Flüchtlingsfamilien beziehe, sondern auf die allgemeine Auslastung der Kinderärzte.

12./ Mitteilungen

Protokoll:

VA Schneider berichtet, dass von möglichen 12 Vereinen/Verbänden nur 6 einen Antrag auf Zuschüsse gestellt haben. Ein Grund für die geringe Resonanz sei nicht bekannt.

(Im Original gezeichnet)

Bernd Stracke
(Vorsitzender)

(Im Original gezeichnet)

Julian Kniess
(Schriftführer)